

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der FDP/DVP**

**zu dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP**

**– Drucksache 17/3244**

### **Rolle der Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung hinsichtlich des Amtlichen Regelwerks der deutschen Rechtschreibung hinsichtlich der anwendungsbezogenen Empfehlungen und/oder Richtlinien zur Nutzung der deutschen Sprache in Landesbehörden und Ministerien**

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der FDP/DVP – Drucksache 17/3244 – um folgenden Abschnitt II zu ergänzen:

*„II. der Landtag wolle beschließen,*

*dass sich alle amtlichen, behördlichen, schulischen und hochschulischen Einrichtungen des Landes Baden-Württemberg und nachgeordnete Behörden ausschließlich an die gültigen Grammatik- und Rechtschreibregelungen zu halten haben.“*

31.1.2023

Dr. Rülke, Haußmann, Goll

und Fraktion

#### **Begründung**

Immer wieder werden Versuche unternommen, die gültigen Rechtschreibregeln auch im nicht-privaten Bereich durch die Entstellung von Worten mittels Unterbrechungen im Wortinnern, wie etwa Asterisken (sog. Gender-Sternchen), Doppelpunkten, Großbuchstaben oder Unterstrichen zu umgehen. Insbesondere öffentliche Institutionen sollten sich allerdings an die verbindlich geltenden Rechtschreibregelungen halten. Diese werden vom Rat für deutsche Rechtschreibung festgelegt, welcher die Aufnahme solcher wortunterbrechenden Schreibweisen in das Amtliche Regelwerk der deutschen Sprache nicht empfiehlt. Das Amtliche Regelwerk der deutschen Sprache sollte in allen Institutionen des Landes als ausschließlicher Maßstab der Kommunikation gelten. Die CDU-Landtagsfraktion hat diesbezüglich im Rahmen ihrer Klausurtagung vom 13. bis 15. September 2022 in Freudenstadt einen aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion sehr begrüßenswerten Beschluss gefasst. Darin heißt es: „Wir fordern deshalb, dass sich alle amtlichen, behördlichen, schulischen und hochschulischen Einrichtungen des Landes Baden-Württemberg und nachgeordnete Behörden ausschließlich an die gültigen Grammatik- und Rechtschreibregelungen halten.“ Diese Forderung teilt die FDP/DVP-Fraktion vollumfänglich. Sie wird durch die Beschlussziffer zum vorliegenden Antrag Drucksache 17/3244 abgebildet.

Eingegangen: 31.1.2023 / Ausgegeben: 1.2.2023